

Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen: Indikatoren und Analysen zur Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben

Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noll, H.-H., & Weick, S. (2005). Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen: Indikatoren und Analysen zur Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 33, 1-6. <https://doi.org/10.15464/isi.33.2005.1-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen	1
Advancing Quality of Life in a Turbulent World	6
OECD World Forum on Key Indicators – Statistics, Knowledge and Policy	7
Measuring Ireland's Progress: Indikatorensystem des irischen Amts für Statistik	7
Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau	8
Third International Quality-of-Life Conference	11
Partnerschaftliche Verwaltung der Haushaltseinkommen ist die Regel	12
Call for Papers: Steigende Armut, Polarisierung, Re-Stratifizierung: Eine Trendwende der Ungleichheitsentwicklung in Deutschland?	16

Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen

Indikatoren und Analysen zur Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben

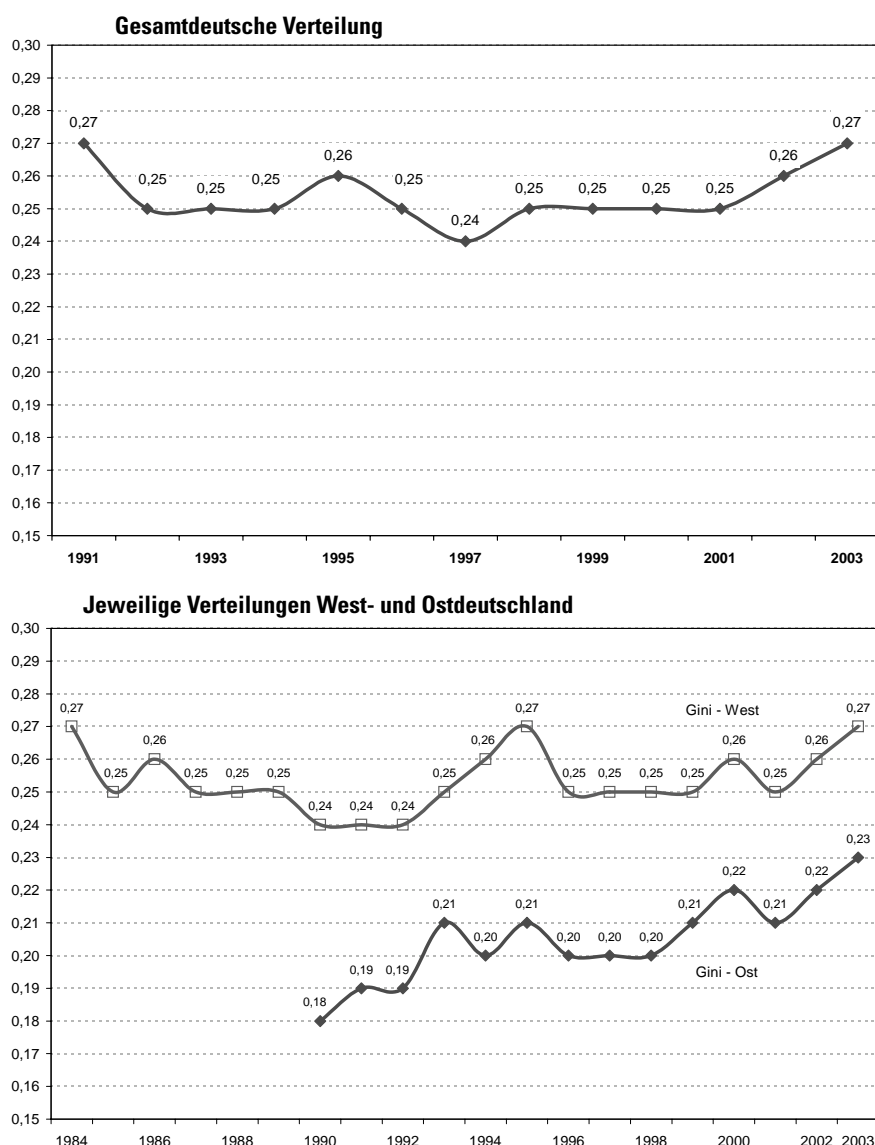
Fragen der Verteilung von Einkommen und Wohlstand sind wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftspolitischen Interesses gerückt und finden derzeit nicht nur in den Medien eine hohe Aufmerksamkeit. Die allenthalben spürbaren Implikationen der Globalisierung, die niedrigen Wachstumsraten wenn nicht sogar Stagnation der Wirtschaft, und nicht zuletzt auch die eingeleiteten Maßnahmen zur Reform der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen werfen auch die Frage nach den distributiven Konsequenzen dieser Entwicklungen auf: Gerät die bisherige Verteilung aus der Balance, gibt es Gewinner und Verlierer, steigt die Armut, nimmt die Konzentration der Verteilung zu, und inwieweit sind Tendenzen einer Polarisierung zu beobachten? In den vergangenen Monaten haben sich die Anzeichen vermehrt, dass sich die Verteilung der Einkommen – nach einer Phase relativer Stabilität – jetzt wieder in Richtung einer wachsenden Ungleichheit verändert¹. Ob sich damit aber bereits eine Trendwende ankündigt, bleibt vorläufig ungewiss und bedarf der weiteren Beobachtung und Analyse.

Der vorliegende Beitrag untersucht zunächst anhand verschiedener Indikatoren, ob und wie sich zentrale Aspekte der Verteilung der Einkommen in Deutschland verändert haben. Aus der hier verfolgten Perspektive der Wohlfahrtsmessung und Sozialberichterstattung konzentriert sich das Interesse dabei auf die Verteilung der monatlichen Nettoeinkommen über die die privaten Haushalte verfügen. Um die aktuellen Veränderungen angemessen bewerten und in einen größeren Zusammenhang stellen zu können, wird die Entwicklung über einen längeren Zeitraum betrachtet: In Westdeutschland seit der Mitte der 1980er Jahre, in Ostdeutschland sowie für Deutschland insgesamt seit der Vereinigung am Beginn der 1990er Jahre. Die für die entsprechenden Analysen verwendete Datengrundlage ist das Sozio-ökonomische Panel. Neben der Einkommensseite wird in einem weiteren Schritt der Analyse die Ungleichheit der Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte und deren Entwicklung in West- und Ostdeutschland untersucht. Als Datengrundlage werden dafür die

Mikrodatensätze der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) von 1983 bis 2003 verwendet.

Konzentration der Einkommen nimmt zu

Aus der verteilungsanalytischen Perspektive stellt sich zunächst die Frage, wie sich das gesamte in einer Periode erzielte Einkommen auf die privaten Haushalte verteilt und ob die Verteilung eine eher niedrige oder hohe Konzentration aufweist. Das gebräuchlichste summarische Maß für die Konzentration bzw. Ungleichheit der Einkommensverteilung ist der Gini-Index, der Werte zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1 (extreme Ungleichheit) annehmen kann. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Struktur vergleichen zu können, wird die Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen untersucht². Betrachtet man zunächst die gesamtdeutsche Entwicklung, so hat – wie an dem Anstieg des Gini-Index von 0,25 auf 0,27 abzulesen ist (Grafik 1) – die Ungleichheit der

Grafik 1: Entwicklung der Einkommenskonzentration (Gini-Index)¹

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (neue OECD-Skala); 1990 Ost berechnet auf der Basis von DDR-Mark.

Datenbasis: SOEP

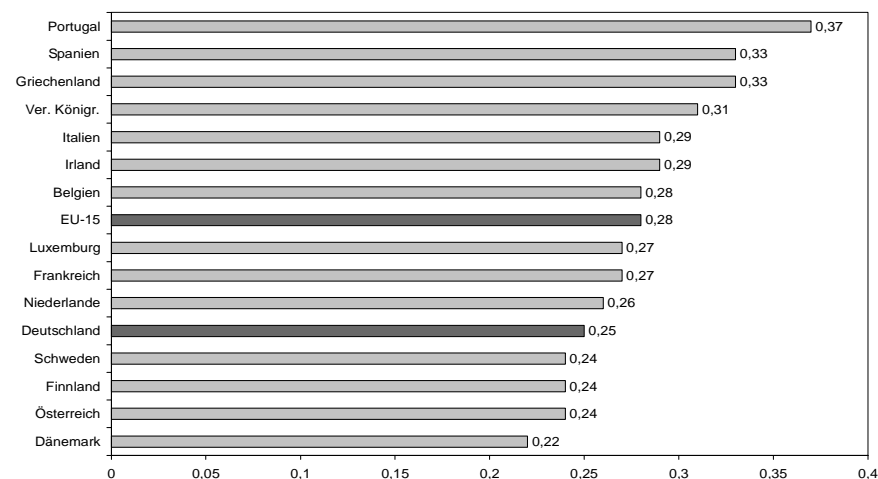
Niveau, wie es derzeit zu beobachten ist, hatte es auch zuvor schon gegeben – z.B. in der ersten Hälfte der neunziger Jahre – waren aber jeweils auch wieder von einer Periode sich abschwächender Ungleichheit gefolgt.

Konzentration der Einkommen in Deutschland im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich

Zeigt der Blick auf die zurückliegende Entwicklung, dass das am Gini-Index gemessene derzeitige Niveau der Einkommensungleichheit mindestens für Westdeutschland noch keineswegs ungewöhnlich ist, verdeutlicht ein Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsländern, dass Deutschland im internationalen Maßstab sogar eine niedrige Konzentration der Einkommen aufweist. Im Jahr 2001 – neuere Daten liegen dazu derzeit nicht vor – lag die Konzentration der Haushaltsäquivalenzeinkommen in Deutschland mit einem Gini-Index-Wert von 0,25 deutlich unter dem EU-15-Durchschnitt von 0,28 (Grafik 2). Niedrigere Werte als Deutschland weisen unter den EU-15-Ländern lediglich Schweden, Finnland, Österreich und Dänemark auf. Unter den EU-15-Ländern sind die südeuropäischen Staaten sowie Großbritannien und Irland die Länder mit der ausgeprägtesten Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen. Manches spricht dafür, dass die vergleichsweise starke Ungleichverteilung der Einkommen in diesen Ländern mit dem dort nur schwach ausgeprägten und als residual bzw. liberal bezeichneten Typ des Wohlfahrtsstaates zusammenhängt.

Während der Gini-Index ein summarisches Maß für die Konzentration bzw. Ungleichverteilung der Einkommen insgesamt darstellt, gibt die Betrachtung des unteren und oberen Dezilanteils Aufschluss über die Ränder der Verteilung und lässt damit auch Aussagen über eventuelle Polarisierungstendenzen zu.

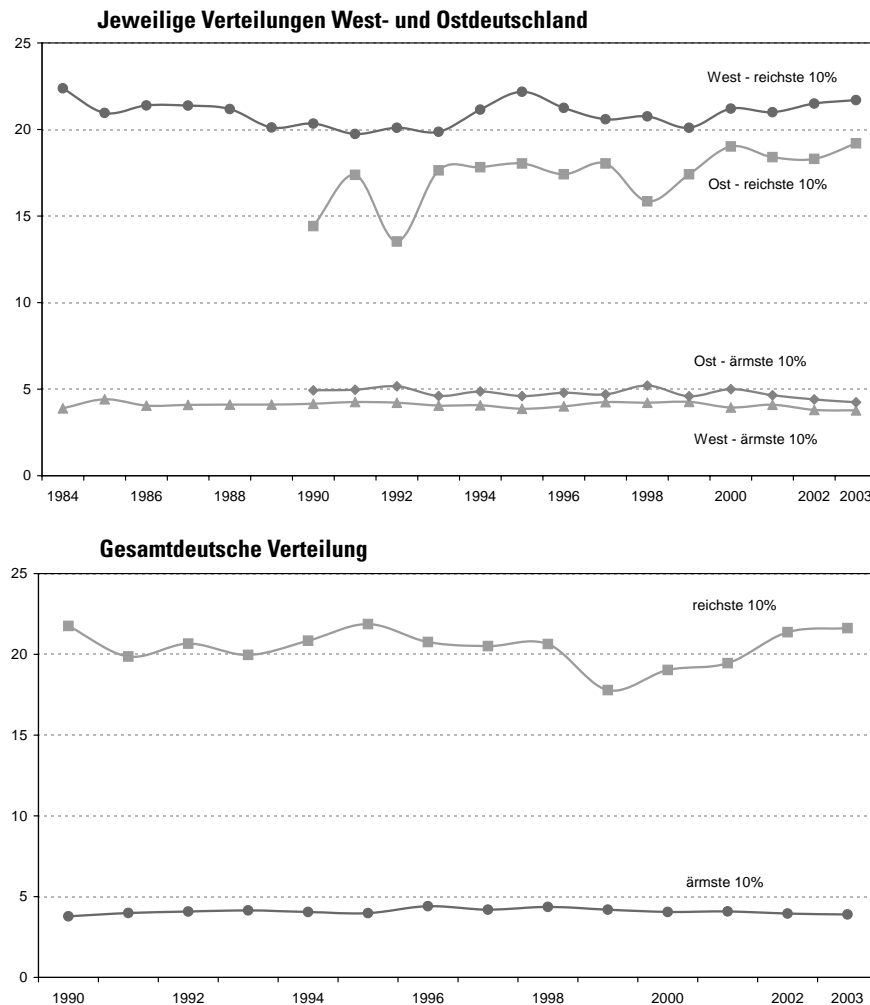
Haushaltsäquivalenzeinkommen zwischen 2001 und 2003 leicht zugenommen, nachdem die Werte zuvor weitgehend stabil geblieben waren. Allerdings hatte der Gini-Index auch bereits 1991 einen Wert von 0,27 erreicht. Aufschlussreich ist neben der Konzentrationsentwicklung der gesamtdeutschen Verteilung auch die Betrachtung der jeweiligen Verteilung der Haushaltsäquivalenzeinkommen in West- und Ostdeutschland. Dabei dokumentiert sich zunächst ein nach wie vor niedrigeres Niveau der Einkommensungleichheit in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. In den jungen Bundesländern hat der Gini-Index mit einem Wert von 0,23 im Jahr 2003 allerdings sein bis dahin höchstes Niveau erreicht und weist seit der Vereinigung eine – von Schwankungen abgesehen – steigende Tendenz auf. In Westdeutschland ist dagegen seit der Mitte der achtziger Jahre eine wellenförmige Entwicklung der Einkommensungleichheit festzustellen, d.h. Anstiege des Gini-Index auf ein

Grafik 2: Einkommenskonzentration (Gini-Index) im europäischen Vergleich (EU-15) 2001¹

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (neue OECD-Skala).

Quelle: European System of Social Indicators; Dennis/Guio 2004

Grafik 3: Entwicklung der Einkommensanteile der ärmsten und reichsten 10% der Bevölkerung¹



¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (neue OECD-Skala); 1990 Ost berechnet auf der Basis von DDR-Mark.
Datenbasis: SOEP

Diskrepanz zwischen hohen und niedrigen Einkommen leicht zugenommen, aber bisher keine eindeutigen Polarisierungstendenzen

Betrachtet man West- und Ostdeutschland zunächst separat, d.h. legt man die jeweiligen Verteilungen zugrunde, so entfallen im Jahr 2003 auf die reichsten 10% der Bevölkerung in Westdeutschland 21% und in Ostdeutschland 19,2% der gesamten Haushaltsnettoeinkommen (Grafik 3). Die Bezieher hoher Einkommen sind demnach in Westdeutschland weiterhin nicht nur absolut, sondern auch relativ ‚reicher‘ als in Ostdeutschland. Der Anteil des obersten Dezils ist in beiden Landesteilen in den letzten Jahren leicht angestiegen, hält sich aber in Westdeutschland derzeit noch innerhalb der im längerfristigen Verlauf zu beobachtenden Schwankungsbreite. In Ostdeutschland hat der auf die reichsten 10% der Bevölkerung entfallende Einkommensanteil dagegen seit der Vereinigung tendenziell zugenommen und nähert sich zunehmend dem westdeutschen Niveau an. Am unteren Rand der Verteilung ist eine spiegelbildliche Entwicklung zu beobachten: Hier hat der Einkommensanteil, der auf die ärmsten 10% der

Bevölkerung entfällt, in den vergangenen Jahren leicht auf 3,8% in Westdeutschland und 4,2% in Ostdeutschland abgenommen. Für Westdeutschland gilt aber auch hier, dass ähnlich niedrige Werte bereits in früheren Jahren zu beobachten waren, und auch in Ostdeutschland ist der untere Dezilsanteil über den gesamten Zeitraum seit der Vereinigung in der Tendenz nur moderat gesunken.

Das Bild ändert sich nur unwesentlich, wenn statt der landesteilspezifischen die gesamtdeutsche Verteilung der Einkommen zugrunde gelegt wird. Danach ist der Einkommensanteil des höchsten Dezils zwischen 1999 und 2003 von 17,8 auf 21,6% gestiegen und der Anteil des untersten Dezils zwischen 1998 und 2003 von 4,4 auf 3,9% gesunken (Grafik 3). Insgesamt deutet sich demnach auch auf der Basis der Betrachtung der Randgruppenanteile eine leichte Zunahme der Einkommensungleichheit in Deutschland an. Allerdings liegen die für 2003 ermittelten Werte jeweils noch innerhalb der seit 1990 beobachteten Bandbreite, so dass von einer ausgeprägten Polarisierungstendenz bisher nicht gesprochen werden kann.

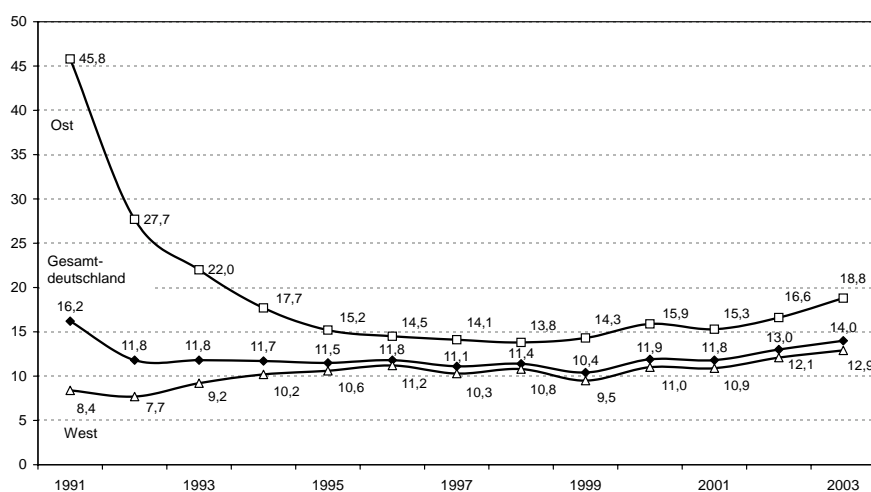
Unter den verschiedenen Dimensionen der Entwicklung der Einkommensungleichheit ist für die gesellschaftspolitische Diskussion vor allem die Entwicklung der relativen Armut von Interesse. Dabei ist die Größe, aber auch die Struktur des als arm bezeichneten Anteils der Bevölkerung – wie diesbezügliche Untersuchungen wiederholt gezeigt haben (vgl. u.a. Hauser/Bekker 2001) – in starkem Maße davon abhängig, wie die Armutsgrenze definiert und welche Äquivalenzskala den entsprechenden Berechnungen zugrunde gelegt wird. Für den innerdeutschen Vergleich der relativen Armut stellt sich zudem die Frage, ob sich die Berechnung der Armutsquoten an der gesamtdeutschen oder den jeweiligen Verteilungen der Einkommen in Ost und West orientieren soll. Für den vorliegenden Beitrag wurde eine Armutsgrenze gewählt, nach der als arm gilt, wer über ein Haushaltsäquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians verfügt. Diese Abgrenzung hat sich in Anlehnung an die Armutdefinition des Europäischen Amtes für Statistik (Eurostat) sowie die von der Europäischen Kommission für die Beobachtung der „sozialen Inklusion“ in den Mitgliedsländern verwendeten ‚Laeken-Indikatoren‘ im internationalen Rahmen mittlerweile weitgehend durchgesetzt und wurde hier vor allem auch im Hinblick auf eine bessere Vergleichbarkeit mit anderen europäischen Ländern gewählt³. Die Äquivalenzgewichtung der Haushaltsnettoeinkommen wurde – ebenfalls aus Vergleichbarkeitsgründen – mithilfe der sogenannten neuen OECD-Skala vorgenommen (s.o.).

Deutliche Zunahme der relativen Armut seit dem Ende der 1990er Jahre

Betrachtet man zunächst die auf der Grundlage der gesamtdeutschen Verteilung der Einkommen berechneten Armutsquoten, so ist in West- und Ostdeutschland seit dem Ende der neunziger Jahre eine deutliche Zunahme der relativen Armut zu beobachten (Grafik 4)⁴. 2003 betrug der Bevölkerungsanteil, der über weniger als 60% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen verfügte⁵, in Westdeutschland 12,9% und in Ostdeutschland 18,8% (Deutschland insgesamt = 14%). Im Vergleich zu 1998 ist die Armutsquote damit in Westdeutschland um 2,1 und in Ostdeutschland um 5 Prozentpunkte gestiegen. In der längerfristigen Betrachtung zeigt sich zudem, dass die Armutsquote in Westdeutschland derzeit den höchsten Wert seit Beginn der neunziger Jahre aufweist. In Ostdeutschland war die auf den gesamtdeutschen Median der Haushaltsäquivalenzeinkommen bezogene Armutsquote von einem – wegen des damals in den neuen Bundesländern generell noch sehr niedrigen Lebensstandards – extrem hohen Niveau unmittelbar nach der Vereinigung zunächst schnell gesunken und hatte 1998 – vor dem erneuten Anstieg – mit 13,8% ihren bis heute niedrigsten Wert erreicht.

Der ausgeprägte Anstieg der Armutsquote seit dem Ende der neunziger Jahre zeigt sich auch dann, wenn man statt des gesamtdeutschen Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen

Grafik 4: Entwicklung der relativen Einkommensarmut in West- und Ostdeutschland – gesamtdeutsche Einkommensverteilung 1991-2003¹



¹ < 60% Median des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens (neue OECD-Skala).
Datenbasis: SOEP

die jeweiligen mittleren Einkommen für Ost- und Westdeutschland zugrunde legt. Die so ermittelte Armutsquote erreichte 2003 in Westdeutschland sogar den höchsten jemals ermittelten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1984; und auch in Ostdeutschland bewegt sich die auf den ostdeutschen Median bezogene Armutsquote in den Jahren 2002 und 2003 auf einem Niveau, wie es zuvor nicht erreicht wurde.

Ein Vergleich der Armutsquoten der EU-15-Länder lässt das Ausmaß der Ungleichheit der Einkommensverteilung und Armut in Deutschland allerdings erneut in einem milderen Licht erscheinen: Aus den für das Jahr 2001 vorliegenden Daten geht hervor, dass der Anteil der Bevölkerung, der über weniger als 60% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen verfügt, in Deutschland klar unter dem EU-15-Durchschnitt liegt (Grafik 5).

Niedriger als in Deutschland war die so definierte Armutsquote unter den EU-15-Ländern lediglich in Schweden und Dänemark. Ver-

gleichbare Armutsniveaus wie in Deutschland finden sich in den Niederlanden, Finnland, Luxemburg und Österreich. Die höchsten Armutsquoten unter den EU-15-Ländern weisen dagegen Irland und die südeuropäischen Länder auf.

Aktueller Anstieg des Armutsrisikos betrifft vermehrt auch Gruppen in der Mitte der Gesellschaft

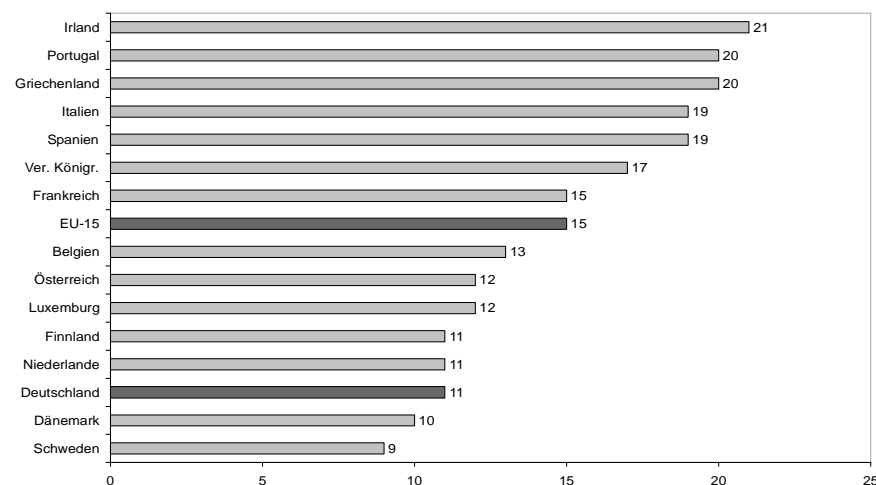
Angesichts des beachtlichen Anstiegs der Armutsquote in den vergangenen Jahren stellt sich die Frage, welche Bevölkerungsgruppen davon besonders betroffen waren und inwiefern sich Veränderungen des Armutsrisikos beobachten lassen. Auffällig ist zunächst, dass für die Gruppen mit dem höchsten Armutsrisiko – Alleinerziehende und Ausländer – in dem Zeitraum zwischen 2000 und 2003 keine oder allenfalls eine unterdurchschnittliche Zunahme des Risikos zu beobachten ist (Tabelle 1). Auch in der älteren – ohnehin von Armut unterdurchschnittlich betroffenen – Bevölke-

rung ist keine ansteigende Tendenz des Armutsrisikos zu erkennen. Deutlich zugenommen hat das Armutsrisiko dagegen bei den unter-18-Jährigen, aber auch den 18- bis 64-Jährigen, sowie darüber hinaus insbesondere bei Paaren mit Kindern. Insgesamt drängt sich bei der Betrachtung der gruppenspezifischen Entwicklung des Armutsrisikos der Eindruck auf, dass mit dem aktuellen Anstieg zunehmend auch Bevölkerungsteile aus der Mitte der Gesellschaft damit rechnen müssen, unter die Armutsgrenze zu fallen.

Bei der bisher verfolgten und in der Ungleichheitsforschung und verteilungspolitischen Diskussion dominierenden Perspektive geht es vor allem darum, wie das Einkommen der privaten Haushalte als die für die Lebensführung und das erreichbare Wohlstandsniveau zentrale Ressource verteilt ist. Dazu gehört auch die Frage nach dem Umfang und der Struktur des Teils der Bevölkerung, der einen am durchschnittlichen Wohlstandsniveau einer Gesellschaft bemessenen Mindeststandard unterschreitet und insofern als ‚arm‘ oder gar ‚sozial ausgeschlossen‘ betrachtet wird. Die daran anschließende und weitergehende Frage nach der Ungleichheit der Ausgaben der Haushalte für den privaten Konsum sowie der Relation der Verbrauchsausgaben zu den Einkommen ist dagegen bisher eher selten verfolgt worden. Die nachfolgende Betrachtung der Ungleichheit der Ausgaben für den privaten Konsum und deren Zusammenhang mit dem Haushaltseinkommen basiert auf Analysen der Mikrodatsätze der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 1983, 1993, 1998 und das 1. Halbjahr 2003⁶.

Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, betrugen die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für den privaten Verbrauch im Jahr 2003 pro Haushalt 2200 Euro in Westdeutschland und rund 1800 Euro in Ostdeutschland, d.h. die Ausgaben der ostdeutschen Haushalte erreichen gegenwärtig im Durchschnitt 82% des westdeutschen Niveaus. Wie nicht anders zu erwarten, variieren die Konsumausgaben je nach Höhe der Haushaltseinkommen beträchtlich: ‚Arme‘ Haushalte, d.h. Haushalte, die über weniger als 60% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen verfügen, gaben in Westdeutschland 2003 monatlich 1123 Euro (Ostdeutschland: 899 Euro) für Konsumzwecke aus im Vergleich zu 3784 Euro (Ostdeutschland 3250 Euro) bei den ‚reichen‘ Haushalten mit einem Einkommen von 200% und mehr des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen. Die Relation der Ausgaben von armen und wohlhabenden Haushalten betrug damit im Jahr 2003 30% in Westdeutschland und 28% in Ostdeutschland und hat sich auch im Zeitverlauf nur wenig verändert. Wie an der Entwicklung des Gini-Index abzulesen ist⁷, hat die Ungleichheit der Verbrauchsausgaben insgesamt jedoch – vor allem zwischen 1993 und 1998 – leicht zugenommen, bleibt aber meist etwas hinter der Ungleichheit der Einkommen zurück⁸.

Grafik 5: Relative Einkommensarmut im europäischen Vergleich (EU-15) 2001¹



¹ < 60% des Medians des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens (neue OECD-Skala).
Quelle: European System of Social Indicators; Dennis/Guio 2004

Tabelle 1: Armutsquote relativer Einkommensarmut nach sozio-demographischen Merkmalen¹

	2000	2001	2002	2003
Alter				
unter 18 Jahre	14,9	15,9	16,2	18,8
18-64 Jahre	11,5	11,3	12,3	13,9
65 Jahre und älter	10,3	8,9	11,9	9,6
Haushaltsformen				
Ein-Personen-Haushalte	17,3	16,2	17,9	17,8
Ehepaare ohne Kinder	6,6	5,7	7,2	7,6
Alleinerziehende	28,6	32,9	30,6	31,6
Paare mit Kindern	10,3	9,7	11,2	13,0
Ausländ. Haushaltsvorstand	27,2	26,8	24,1	28,2

¹ < 60% Median gesamtdeutsch, bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (OECD-neu).

Datenbasis: SOEP

Haushaltsausgaben übersteigen Einkommen bei Haushalten in relativer Einkommensarmut

Aufschlussreich ist nicht zuletzt auch eine Betrachtung der Relation der Verbrauchsausgaben zu den Haushaltsnettoeinkommen und wie sich ärmere und wohlhabendere Haushalte darin unterscheiden. Wie aus Tabelle 2 her-

vorgeht, gaben die Haushalte im Jahr 2003 in Westdeutschland im Durchschnitt 85% und in Ostdeutschland 88% ihrer Haushaltsnettoeinkommen für den privaten Konsum aus. Bei den wohlhabenden Haushalten mit einem Einkommen von 200% und mehr des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen liegen die entsprechenden Anteile mit lediglich 58% in Westdeutschland und 61% in Ostdeutschland

weit unter dem Durchschnitt. Dagegen geben Haushalte, die über weniger als 60% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen verfügen, in Westdeutschland genauso wie in Ostdeutschland mit 108 bzw. 111% deutlich mehr für den Verbrauch aus als sie an Einkommen erzielen. Bei einem Ausgabenniveau von 1123 Euro (West) bzw. 899 Euro (Ost), wovon hier wie dort rund zwei Drittel auf Ernährung, Bekleidung und Wohnung entfallen, kann allerdings wohl kaum davon die Rede sein, dass die einkommensarmen Haushalte über ihre Verhältnisse leben. Vieles deutet vielmehr darauf hin, dass den Haushalten in diesem Bereich der Einkommensverteilung vielfach weniger Mittel zur Verfügung stehen als sie für ihre Subsistenzsicherung benötigen. Die Tendenz, mehr auszugeben als über die regelmäßigen Einkünfte abgedeckt ist, hat sich zudem im Zeitverlauf noch verstärkt.

Die sich aufdrängende Frage, woher die Diskrepanz zwischen Ausgaben und Einkommen resultiert, lässt sich derzeit nicht abschließend beantworten. Methodisch ist dazu zunächst festzustellen, dass Einkommen und Ausgaben im Rahmen der EVS unabhängig voneinander erhoben werden und eine Differenz zwischen den beiden Größen – neben den ebenfalls in Betracht kommenden fehlerhaften Angaben – verschiedene Ursachen haben kann. Wie diesbezügliche Analysen gezeigt haben, verringert die Berücksichtigung von Kreditaufnahmen und Vermögensauflösungen, die in den Haushaltsnettoeinkommen, wie sie in Tabelle 2 ausgewiesen werden, nicht enthalten sind, die Differenz zwischen Einkommen und Ausgaben nur partiell. Die verbleibende Differenz kann sowohl auf Unschärfen bei der Erfassung der Einkommen zurückzuführen sein, z.B. indem Geldgeschenke oder auch geliehene Geldbeträge, die von Freunden oder Verwandten angenommen werden, unerfasst bleiben als auch auf systematisch ausgeblendete Einkünfte aus der Schattenwirtschaft.

Unabhängig davon, worauf die ermittelte Diskrepanz zwischen Haushaltseinkommen und -ausgaben letztlich zurückzuführen ist, weisen die Befunde jedenfalls eindeutig darauf hin, dass es in diesem Segment der Einkommensverteilung ohne weitere Verschuldung offensichtlich keinen Spielraum für eine Ausweitung der Konsumausgaben gibt⁹. Die sozial- und wirtschaftspolitischen Implikationen dieser Befunde liegen auf der Hand. Eine nachhaltige Ausweitung des privaten Verbrauchs – wie sie für die Steigerung der Binnennachfrage dringend erwünscht ist – setzt für diese Haushalte Einkommensverbesserungen zwingend voraus. Aufgrund der hohen Konsumquote wären von einer Förderung der einkommensschwachen Haushalte zudem auch die stärksten Nachfrageeffekte zu erwarten. Es erscheint allerdings fraglich, ob mit verteilungspolitischen Maßnahmen, die in diese Richtung gehen, zu rechnen ist. Infolge der eingeleiteten Reformen der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen ist derzeit vielmehr eher eine

Tabelle 2: Verbrauchsausgaben nach Einkommenspositionen – 1983-2003

	1983	1993	1998	2003 ¹
Westdeutschland				
Verbrauchsausgaben pro Haushalt (nominal, in Euro)				
Alle Haushalte	1332	1865	2142	2200
Haushalte nach Einkommensposition ²				
< 60% Äquivalenzeinkommen	616	929	1066	1123
200+% Äquivalenzeinkommen	2306	3232	3672	3784
Verbrauchsausgaben in % des Haushaltsnettoeinkommens				
Alle Haushalte	84	80	86	85
< 60% Äquivalenzeinkommen	100	101	107	108
200+% Äquivalenzeinkommen	63	56	61	58
Gini-Index Verbrauchsausgaben (äquivalenzgewichtet ³)	0,24	0,24	0,28	0,27
Ostdeutschland				
Verbrauchsausgaben pro Haushalt (nominal, in Euro)				
Alle Haushalte		1386	1711	1797
Haushalte nach Einkommensposition				
< 60% Äquivalenzeinkommen		673	834	899
200+% Äquivalenzeinkommen		2322	3042	3250
Verbrauchsausgaben in % des Haushaltsnettoeinkommens				
Alle Haushalte		84	89	88
< 60% Äquivalenzeinkommen		98	112	111
200+% Äquivalenzeinkommen		58	60	61
Gini-Index Verbrauchsausgaben (äquivalenzgewichtet ³)		0,21	0,25	0,25

¹⁾ 1. Halbjahr; ²⁾ die im Rahmen dieser Tabelle verwendeten Einkommenspositionen wurden auf der Grundlage der jeweiligen Einkommensverteilung in West- und Ostdeutschland ermittelt; ³⁾ nach neuer OECD-Skala.

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1983, 1993, 1998, 2003 (1.Hilbj.)

weitere Zunahme der Einkommensungleichheit zu Lasten des unteren Segments der Verteilung sowie eine Kaufkraftschwächung im Bereich der niedrigen Einkommen zu erwarten.

- 1 Vgl. vor allem den Beitrag von Goebel/Habich/Krause im Datenreport 2004.
- 2 Die Äquivalenzgewichtung wird vor allem wegen der besseren internationalen Vergleichbarkeit für sämtliche diesem Beitrag zugrunde liegenden Analysen mithilfe der sogenannten neuen OECD-Skala durchgeführt. Danach geht die erste erwachsene Person eines Haushalts mit einem Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person mit 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren mit einem Gewicht von 0,3 in die Berechnungen ein.
- 3 Bei der über die 60% des Median abgegrenzten Armut wird vielfach auch von „at risk of poverty“ oder von „Niedrigeinkommen“ gesprochen.
- 4 In den diesem Beitrag zugrunde liegenden Berechnungen wurde aufgrund der nur partiell lösbaren methodischen Probleme, die sich dabei stellen, auf eine Bereinigung von zwischen den alten und jungen Bundesländern nach wie vor bestehenden, aber im Laufe der Zeit gesunkenen Kaufkraftunterschieden verzichtet.
- 5 Für das Jahr 2003 beträgt der Median der Haushaltsäquivalenzeinkommen für Gesamtdeutschland 1238 Euro. Die Armuts-grenze von 60% des Medians liegt dementsprechend bei 743 Euro. Für einen aus einem Ehepaar und zwei Kindern unter 14 Jahren bestehenden 4-Personen-Haushalt errechnet sich daraus ein Armutsschwellenwert von 1560 Euro.
- 6 Bei der EVS handelt es sich um eine Quotenstichprobe von etwa 2% aller privaten Haushalte, die im Abstand von fünf Jahren durchgeführt wird; das scientific use file, das den hier präsentierten Analysen zugrunde liegt, umfasst für 1998 ca. 50.000 und für das erste Halbjahr 2003 ca. 26.000 Haushalte.
Die Stichprobe ist im Bereich der höchsten Einkommen limitiert, d.h. es wurden lediglich Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von bis zu 25.000 DM im Jahr 1983, 35.000 DM in den Jahren 1993 und 1998 bzw. 18.000 € im Jahr 2003 erfasst. Die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Ausgaben wird auf dieser Datengrundlage daher tendenziell unterschätzt.
Für weitergehende Informationen zu dieser Datenbasis vgl. <http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Einkommen/Daten/EVS/kurzb.htm>. Für einen Vergleich der EVS und des SOEP siehe Becker et al. 2003.
- 7 Bei der Berechnung des Gini-Index wurden die äquivalenzgewichteten Verbrauchsausgaben zugrunde gelegt, um Unterschieden in der Größe und Struktur der Haushalte Rechnung zu tragen. Für die Äquivalenzgewichtung wurde wie bei den Einkommen die neue OECD-Skala verwendet.
- 8 Es wird an dieser Stelle darauf verzichtet,

die auf der Basis der EVS ermittelten Werte des Gini-Index für die Haushalts-äquivalenzeinkommen zu berichten.

- 9 Nach einer Studie von Krueger und Perry (2002) wird das hohe Konsumniveau in den USA bei den ärmeren Haushalten zu einem guten Drittel durch Konsumentenkredite, Vermögensauflösungen und private Zuwendungen finanziert. Dieser „Umverteilung à l'américaine“ wird eine große Bedeutung für die Konjunktur der U.S.-Wirtschaft zugeschrieben.
- Becker, Irene et al., 2003: A Comparison of the Main Household Income Surveys for Germany: EVS and SOEP. S. 55-87 in: R. Hauser, I. Becker (Hg.), *Reporting on Income Distribution and Poverty*. Berlin/Heidelberg/New York: Springer-Verlag.
- Dennis, Ian, Guio, Anne-Catherine, 2004: *Armut und soziale Ausgrenzung in der EU. S. 1-11* in: *Statistik kurz gefasst*, Nr. 16. Eurostat.

Goebel, Jan, Habich, Roland, Krause, Peter, 2004: *Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik*. S. 623-638 in: *Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA, Datenreport 2004*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hauser, Richard, Becker, Irene, 2001: *Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973-1998*. Bonn: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Krueger, Dirk, Perry, Fabrizio, 2002: *Does Income Inequality Lead to Consumption Inequality? Evidence and Theory*. National Bureau of Economic Research, Working Paper No. w9202. Cambridge, Massachusetts.

■ **Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-241 und -245
noll@zuma-mannheim.de
weick@zuma-mannheim.de

Advancing Quality of Life in a Turbulent World

Kongress der International Society of Quality-of-Life Studies (ISQOLS)
10.-14. November 2004 in Philadelphia, Pennsylvania, USA

Der VI. Kongress der International Society of Quality-of-Life Studies (ISQOLS) wurde unter der Präsidentschaft von Richard J. Estes (University of Pennsylvania) organisiert. Unter dem Motto „Advancing Quality of Life in a Turbulent World“ präsentierten und diskutierten etwa 300 Forscher aus aller Welt aktuelle Ergebnisse aus der Lebensqualitätsforschung. Besonders Interesse galt dabei der Entwicklung komparativer Indikatoren zu objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden, die einen weltweiten Vergleich der Lebensqualität und ihrer Entwicklung ermöglichen.

Die komparative Perspektive verdeutlicht die aktuellen Turbulenzen in der Welt. Einerseits gerät die Lebensqualität in den reichen Industrieländern zunehmend in Gefahr: In den USA leidet sie unter den Folgen von NAFTA und dem wachsenden Haushaltsdefizit, und Europa steht vor den Problemen der Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaats und der Integration Osteuropas. Andererseits wirft Asien als derzeit ökonomisch dynamischste Weltregion Fragen zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und verschiedenen Aspekten von Lebensqualität auf. In Afrika und Lateinamerika wiederum setzt die Steigerung der Lebensqualität die Lösung andauernder Probleme voraus, während in der Russischen Föderation neue Konflikte aus der Konfrontation hoher Erwartungen mit den

Problemen der Etablierung einer funktionierenden Marktwirtschaft erwachsen. Die Forschung soll sich jedoch nicht auf Beschreibung und Analyse dieser Veränderungen beschränken, sondern die Bedeutung der Lebensqualität für Stabilität und Qualität von Gesellschaften in der öffentlichen Diskussion hervorheben. Eine CD-ROM mit den Kongress-Beiträgen ist beim ISQOLS-Sekretariat (Email: isqols@vt.edu) erhältlich.

Anlässlich des Kongresses unterzeichneten das ISQOLS Executive Committee und Springer Publishers einen Vertrag über die Herausgabe einer vierbändigen „Encyclopedia of Social Indicators and Quality of Life Studies“, die den Stand der Forschung zu Beginn des 21. Jahrhunderts darstellt. Kenneth C. Land von der Duke University übernimmt die Aufgabe des Editor-in-Chief. Die Publikation ist für das Jahr 2006 geplant.

Der nächste ISQOLS-Kongress zum Thema „Prospects for Quality of Life in the New Millennium“ wird am 17.-20. Juli 2006 in Grahams-town, Südafrika, unter der Präsidentschaft von Valerie Møller (Rhodes University) stattfinden.

■ **Angelika Scheuer, ZUMA**

Tel.: 0621-1246-249
scheuer@zuma-mannheim.de